



**Progressive
Liberale**

info@progressive-liberale.de 
www.progressive-liberale.de 
/ProgLibs 

Thesen

für ganzheitlichen Liberalismus



Inhalt

VORWORT	2
1. HUMANISMUS UND PROGRESSIVISMUS ALS GRUNDLAGE LIBERALER POLITIK	3
2. BÜRGER*INNENRECHTE ALS KERNTHEMA	3
3. PROGRESSIVE POLITIK STATT FISCHEN AM RECHTEN RAND	3
4. POSITIONIERUNG DER FDP	4
5. RESPEKTVOLLE DEBATTENKULTUR	4
6. UNSER GLAUBE: TOLERANZ	4
7. KEINE PARTEI DER SOZIALEN KÄLTE	5
8. PARTEI DER INDIVIDUALITÄT, EMANZIPATION, WELTOFFENHEIT UND AKZEPTANZ	5
8.1. PARTEI DER LEBENSSTILFREIHEIT UND DER WELTOFFENHEIT	5
8.2. LIBERALER FEMINISMUS	5
8.3. GESCHLECHTERROLLEN, SEXUELLE IDENTITÄT UND SEXUELLE ORIENTIERUNG	6
8.4. MEIN KÖRPER GEHÖRT MIR: AUCH BEIM SELBSTBESTIMMTEN DROGENKONSUM	6
8.5. SELBSTBESTIMMT BIS ZUM LEBENSENDE	7
9. SMARTE SOZIALSYSTEME FÜR DAS 21. JAHRHUNDERT	7
10. POLITICAL CORRECTNESS/COOLNESS	9
11. NICHT NUR UNTERNEHMER SIND WIRTSCHAFTSVERTRETER*INNEN	9
12. EUROPEAN DREAM: MEHR ALS NUR EIN TRAUM	9
13. LIBERALISMUS KENNT KEINEN NATIONALISMUS: DIE EUROPÄISCHE UNION	10
14. UMWELTSCHUTZ	10
15. ENTWICKLUNGSPOLITIK IST WELTBÜRGERLICHE VERANTWORTUNG	10
16. ASYLPOLITIK	11
NACHWORT	12
AUTOREN	12

Die Vielfalt der Menschen anzuerkennen gehört zu unserem liberalen Grundverständnis. Die Inhalte dieses Papiers sollen daher alle Geschlechter gleichermaßen ansprechen. Daher verwenden wir geschlechtergerechte Sprache.

Vorwort

Die Welt im Jahre 2017: Der Rechtspopulismus erfasst viele Länder, von West bis Ost erleben wir eine Renaissance nationalkonservativer und nationalistischer Kräfte. Neben liberalen Figuren wie Emmanuel Macron oder Justin Trudeau, die in uns Zuversicht und Hoffnung wecken, drängen mit Donald Trump, UKIP, PiS, FPÖ und vielen Anderen Fortschrittsfeinde und Protektionisten in die politische Landschaft und verändern diese.

Doch auch in Deutschland hat sich viel getan: Mit dem Entstehen und dem darauf folgenden Erstarren der AfD entwickelte sich in Teilen Deutschland eine revisionistische und nationalistische Grundstimmung, die überwiegend von Hetze gegen Geflüchteten, Hetze gegen den Abbau von staatlicher, institutionalisierter Diskriminierung, der Betonung eines deutschen Nationalgefühls und der daraus resultierenden, erfundenen Not, Deutschland gegen das Fremde in Form von Flüchtlingen zu verteidigen, geprägt ist. Mit diesem Trend versucht die AfD - über die Grenzen von Wahlen hinaus - die Zeit zurückzudrehen.

Mit dieser Entwicklung geht zugleich eine Verrohung der Gesellschaft wie auch der Politik einher, die alle deutschen Parteien verändert hat.

Deren Antwort auf diesen Rechtsruck: Während die Union immer wieder am rechten Rand fischt und die SPD sich nicht sicher ist, in welche Richtung sie reagieren soll, neigt auch die Linke zum Populismus und versucht, sich die Wählergruppe der „Protestwählerschaft“ zu eigen zu machen, wie vor allem die zunehmend fremdenfeindlichen Parolen Sahra Wagenknechts zeigen. Die Grünen positionieren sich bewusst gegen die AfD und betonen mit ihrer positiven Grundeinstellung zur Aufnahme von Refugees und ihren Bemühungen im Kampf gegen Rechts den Unterschied zwischen ihnen. Und die Liberalen?

Der Liberalismus ist der Gegenentwurf zum Rechtspopulismus. Er steht für Freiheit, Menschlichkeit, Selbstverwirklichung, Eigenverantwortung und Pragmatismus, er steht für Werte, die mit rechter und auch mit linker Politik nicht vereinbar sind. Als Stimme der Vernunft braucht es die Liberalen, die dem Populismus mit Pragmatismus begegnen, statt sich von der Agenda der Rechtspopulisten treiben zu lassen.

*Und doch entscheiden sich die Freien Demokraten für einen anderen Weg: frei gewordenes Wählerpotenzial der „durchgrünten“ CDU am rechten Rand der Konservativen aufzufangen, eine Alternative zur AfD für „wertkonservative Wähler*innen“ darzustellen und mit Rhetorik und Angriffen gegen potenzielle Partner*innen auf den Zug der „Dagegen“-Fraktion aufzuspringen. Politik für Minderheiten wird gegen die Politik für die Mehrheitsgesellschaft ausgespielt. Bemüht wird sich um Wirtschaftsliberale, während die soziale Idee des Liberalismus in Gesellschaft und Staat links liegen gelassen wird, indem wirtschaftlichen Themen in den Vordergrund gestellt werden.*

*Dieser Entwicklung wollen wir widersprechen. Wir wollen die FDP nicht spalten, sondern sie als gesamtheitlich liberale Partei etablieren. Bürger*innenrechte, Gleichberechtigung, Umweltschutz, persönliche Freiheit, Emanzipation, Weltoffenheit und Individualität sind Werte, die auf der schnellen Jagd nach Wählerschaft nicht aufgegeben werden dürfen. Darum wollen wir diese Werte stärken und uns gemeinsam um Vernetzung und Einbringung engagieren. Unsere konkreten Ziele und Ideen legen wir im Folgenden dar.*

1. Humanismus und Progressivismus als Grundlage liberaler Politik

Der Liberalismus ist ein Erbe der Aufklärung und vertrat schon früh deren Werte mehr als jede andere politische Gruppierung. Er lehnt jede Form des Kollektivismus ab und ist durch seinen Individualismus die humanste aller politischen Strömungen. Des Weiteren wissen Liberale, dass, um bestehende Verhältnisse zu verbessern, stetige Forschung und Erforschung unabdingbar ist. Daher strebt der Liberalismus nach Fortschritt. Der Humanismus (u. a. in Form von Empathie, Individualismus, Bürger*innen- und Menschenrechten) sowie der Progressivismus sind Grundsäulen des Liberalismus. Jede*r, die oder der nicht nach diesen Werten strebt, vertritt daher nicht den gesamtheitlichen Liberalismus.

Wir sehen uns selbst als progressive Liberale. Eigentlich ist der Progressivismus, für uns eine fortschrittliche, nach Neuem drängende Bewegung, ein natürlicher Teil des Liberalismus. Doch durch die FDP wird in Deutschland Liberalismus oftmals mit Wirtschaftsliberalismus gleichgesetzt. Wir wollen uns daher von der deutschen Auffassung des Liberalismus distanzieren und bereits mit der Benennung zeigen, dass wir für mehr stehen als der Liberalismus im Sinne der Westerwelle-FDP.

2. Bürger*innenrechte als Kernthema

Die Konzentration der FDP liegt auf den Themenschwerpunkten der Wirtschaftsfreundlichkeit, der Einhaltung des Rechtsstaates und der Asylpolitik, letztere vor allem in Form der Gratwanderung zwischen sachlicher Kritik und Populismus. Diese Prioritätensetzung halten wir für falsch. Wir wollen eine Partei, für die Bürger*innen- und Menschenrechte eine größere Rolle spielen. Diese enden jedoch nicht beim Datenschutz. Auch elementare Menschenrechte, wie beispielsweise das Recht auf körperliche Selbstbestimmung, etwa in der Reproduktionsmedizin, bei der Sterbehilfe oder in der Drogenpolitik, sind für uns unerlässlich. Der eigene Körper gehört nicht dem Staat, sondern dem Individuum. Diese und weitere Punkte tragen zum Kern des gesellschaftlichen Liberalismus bei. Staatliche Bevormundung lehnen wir hierbei ebenso ab wie eine Law-and-Order-Politik, die durch hohe Sicherheitsmaßnahmen die persönliche Freiheit einschränkt. Daher muss eine liberale Kraft in diesen Politikfeldern unverwechselbar klar die progressive Speerspitze im Parteiensystem sein. Liberale Politik muss somit mutig für einen eigenen ganzheitlichen Gesellschaftsentwurf stehen statt sich vornehmlich über Wirtschafts- und Infrastrukturpolitik zu definieren. Die FDP muss German Mut beweisen und darf hier nicht Angst vor der eigenen Courage haben, etwa wenn es um eine liberale Drogenpolitik geht. Für uns ist es zudem selbstverständlich, dass Menschenrechte überall und universell gelten. Daher sprechen wir uns eindeutig dafür aus, dass sich die FDP auch dann engagiert, wenn es darum geht, diese sowie die Werte der freiheitlich-demokratischen Grundordnung global zu verteidigen.

3. Progressive Politik statt Fischen am rechten Rand

Den von der Parteispitze eingeschlagenen Weg des Stimmenfangs zwischen CDU und AfD, u. a. bestehend aus rechtspopulistischen Forderungen (z. B. „Ausweisung straffälliger Flüchtlinge“¹, Einschränkungen beim Doppelpass, Akzeptanz des Konstrukts „sichere Herkunftsstaaten“) und rechtspopulistischer Sprache (z. B. „Unser Land, unsere Regeln“², „Gender-Wahnsinn“³, „Lebensformen neben der klassischen Familie: tolerabel, aber nicht gleichwertig“⁴) lehnen wir ab, da er liberalen Grundüberzeugungen diametral entgegensteht. Denn dadurch müssen zwangsläufig liberale Ideale aufgegeben werden. Der Liberalismus kann und darf aber niemals der

¹ <https://fdp-bayern.de/news/fluechtlingskrise-so-schaffen-wir-das/> (20.01.17)

² <http://www.idowa.de/inhalt.interview-fdp-chef-duin-fordert-burka-verbot-ich-sage-unser-land-unsere-regeln.cbaddfec-b9ad-4c28-aa57-d0cacbf6e71b.html> (20.01.17)

³ <http://www.bild.de/regional/duesseldorf/gender/fdp-kritisiert-gender-wahnsinn-der-nrw-regierung-43787438.bild.html> (20.01.17)

⁴ http://www.focus.de/regional/stuttgart/gesellschaft-gegenwind-fuer-fdp-fraktionschef-nach-aussagen-zu-homosexuellen_id_3529170.html (20.01.17)

Steigbügelhalter für konservative, rechtspopulistische oder reaktionäre Politik sein. Dadurch würde die Partei nur an konservative Wähler*innen angepasst und könnte die liberalen Werte, die sie vertreten muss, nicht mehr vertreten. Liberale Politik muss aus sich selbst heraus ihr Potenzial ansprechen, ein Ziel, das auch mit ganzheitlich liberaler Politik erreichbar ist. Deshalb fordern wir die Führung der Freien Demokraten dazu auf, die Bundestagswahlen mit klar liberalem Profil, liberalen Inhalten und Personen zu bestreiten sowie auf Populismus und Konservatismus zu verzichten. Falls die FDP in der Legislaturperiode 2017-2021 wieder Regierungsverantwortung übernimmt, dann nur in einem Bündnis, das sich gesellschaftliche liberale Ziele mindestens ebenso in Angriff nimmt wie wirtschaftliche.

4. Positionierung der FDP

Um für potenzielle Wähler*innen erkennbar zu sein, muss sich die FDP klar positionieren. Des Weiteren ist auch die klare Einteilung der konkurrierenden Parteien wichtig: Welche sind potenzielle Partnerinnen, welche Parteien sind klare Feindinnen der freien Gesellschaft und somit einer jeden liberalen Partei? Eine eindeutige Selbstverortung in der politischen Landschaft ist unabdingbar. Für uns ist klar, dass weder die Linke noch die AfD Bündnispartnerinnen sein können. Wir sehen jedoch auch keine auffällig große Nähe zur CDU/CSU. Insbesondere die CSU muss sich entscheiden, ob sie Ängste schüren oder gesamtgesellschaftliche Verantwortung tragen möchte. Liberalismus und Konservatismus sind keine natürlichen Geschwister. Während Bündnis 90/Die Grünen von vielen Liberalen als „Verbotspartei“ verschrien wird, sehen wir die Vorliebe für Verbote bei der Union in nicht geringerem Ausmaß. Ihre Haltung zur „Ehe für alle“, zur Sterbehilfe, zur Reproduktionsmedizin, zur Drogenpolitik oder zu Tanzverboten sind nur einige Beispiele hierfür.

5. Respektvolle Debattenkultur

Die Verrohung des Umgangs und der Verfall der Debattenkultur sind Missstände, denen respektvolle Umgangsformen und guter Ton entgegengestellt werden müssen. Die Beleidigung von Parteimitgliedern aufgrund abweichender Meinungen ist für uns nicht tragbar. Deshalb wollen wir eine an der Sache orientierte und respektvolle Art des Diskurses. Die massiven Anfeindungen gegenüber den Liberalen, welche die Gesellschaftspolitik besonders betonen, sind weder zielführend, noch tragen sie zu einem guten Gesamtklima in der Partei bei. Genauso treten wir für einen respektvollen Umgang mit der demokratischen Konkurrenz ein. Dabei müssen zur Beurteilung der Parteien Vorurteile überwunden und differenzierte Vergleiche der Parteiprogramme vorgenommen werden, um eine faktenbasierte, realistische Einschätzung der anderen Parteien vornehmen zu können.

6. Unser Glaube: Toleranz

Wir wollen jeder Form von Rassismus, Sexismus, Menschenfeindlichkeit und Kollektivismus, innerparteilich wie in der Gesellschaft, entschlossen entgegentreten. Hierbei blicken wir ebenfalls auf Fremdenfeind*innen und Nationalist*innen, die ihre Ansichten als Religionskritik tarnen. Für uns ist ebenso irrelevant, woher jemand kommt und woran er glaubt, sofern dieser Glaube nicht die freiheitlich demokratische Grundordnung infrage stellt. Wollen wir jeden Glauben aber auch Nichtglauben gleichermaßen respektieren, das Wort Friedrich des Großen gelten lassen, wonach jede*r nach ihrer/seiner Façon glücklich werden soll, ist die logische Folge ein religiös neutraler Staat und damit eine freie Kirche im freien Staat. Der Laizismus darf dabei nicht als eine Kampfansage an die Religion missverstanden werden, sondern ist in ihrer liberalen Intention der nötige Freiraum für religiöse und weltanschauliche Vielfalt. Dazu zählen wir unter Anderem auch die Abschaffung der Ehe als staatlichen Vorgang zugunsten einer sog. Verantwortungsgemeinschaft, wie sie beispielsweise bei den bayrischen Freien Demokraten gefordert wird.

7. Keine Partei der sozialen Kälte

Der Ruf der sozialen Kälte haftet an der FDP. Durch unsozial anmutende Aussagen und die Versteifung auf Rechte der Arbeitgeber*innen sowie der Haltung, dass weitgehend nur jeder für sich selbst zu sorgen hat, wurde dieses Image provoziert. Dabei ist der Liberalismus durch seinen zwingend nötigen Humanismus, die Orientierung an der Aufklärung statt an religiösen Geboten und durch seine Betonung individueller Selbstbestimmung höchst sozial. Vorschläge wie das liberale Bürger*innengeld können helfen, die FDP, die in ihrem Programm durchaus Soziales vertritt, in der öffentlichen Wahrnehmung auch sozial höher zu positionieren und unser soziales Profil zu schärfen. Daher fordern wir, soziale Vorschläge höher zu priorisieren und wirksamer zu vermarkten, um die sozialen Aspekte des Liberalismus hervorzuheben.

8. Partei der Individualität, Emanzipation, Weltoffenheit und Akzeptanz

In einer pluralistischen Gesellschaft sehen wir die FDP als Anwältin der Vielfalt, Emanzipation, Individualität und Weltoffenheit.

Als Liberale ist es für uns selbstverständlich, dass Politik für den Mainstream und Politik für Minderheiten sich ergänzen. Beides steht keinesfalls im Widerspruch und wir lehnen es ab, dass eine gegen das andere auszuspielen. Liberale Antworten auf politische Themen müssen den Bedürfnissen aller Individuen Rechnung tragen. Dazu ist es wichtig, sich mit den Problemen verschiedener Gruppen intensiv zu befassen und hierbei der intellektuellen Tiefe den Vorzug gegenüber Vorurteilen und Plattitüden zu geben. Klar ist für uns auch: Wenn immer möglich hat der Respekt vor der mündigen Entscheidung des Individuums über sein Leben Vorrang vor staatlicher Bevormundung. Sozialkonservative Dogmen bezüglich der individuellen Lebensgestaltung lehnen wir entschieden ab, solange keine dritte oder unmündige Person Schaden nimmt.

8.1. Partei der Lebensstilfreiheit und der Weltoffenheit

Als Liberale ist es unsere Pflicht, die Vielfalt der Menschheit zu schützen und verschiedene Lebensstile zu unterstützen. Eine offene Gesellschaft bedingt und ermöglicht die Möglichkeit der Ausübung einer jeden Selbstidentifikation. Die Emanzipation als Unabhängigkeitsbestrebung aus der Abhängigkeit, die Individualität als Zeichen selbstbestimmten Lebens und die Gleichberechtigung eines jeden Menschen sind Ziele, denen wir uns verpflichtet fühlen. Nicht zuletzt spielt für uns Weltoffenheit eine große Rolle. Daher bewerten wir Menschen nicht nach ihrem kulturellen Hintergrund, sondern erkennen den Wert von kultureller Vielfalt an. Für uns ist einzig entscheidend, dass sich jede Person an unsere freiheitliche Grundordnung, an Recht und Gesetz, hält. Solange dem so ist, lehnen wir Eingriffe in die persönlichen Freiheitsrechte (z.B. bei der Diskussion um das Tragen einer Burka) ab. Um jedem Individuum das Gefühl zu geben, ein wertvoller Teil der Gesellschaft zu sein, sprechen wir uns mehr als jede andere Partei für die Wertschätzung individueller Freiheit aus und erkennen deren Mehrwert für die gesamte Gesellschaft an. Eine wie auch immer geartete deutsche Leitkultur lehnen wir ab. Nicht zuletzt sehen wir in einem laizistischen Staat eine optimale Grundlage, um unabhängig von privaten religiösen Überzeugungen so viel Selbstbestimmung wie möglich für alle Menschen zu ermöglichen. Zur individuellen Vielfalt gehört es auch, die Vorgaben für Beamt*innen in Bezug auf ihre Vorbildfunktion und die Ausgestaltung in der Freizeit, zu lockern. Die Maßgaben fußen hierbei zu stark auf einem überkommenen Verständnis von Sittlichkeit.

8.2. Liberaler Feminismus

Gleichheit und Freiheit von Individuen, Ablehnung von Hierarchien, Emanzipation: Das sind die Werte, die den Liberalismus und den Feminismus verbinden. Um den Feminismus als Bewegung zur Gleichstellung der Geschlechter nicht der politischen Konkurrenz zu überlassen, sondern die Gleichberechtigung zu stärken, ist ein liberaler Feminismus unabdingbar. Die Initiative „Liberaler Feminismus“ geht hier einen zu begrüßenden Weg und ist umfassend zu unterstützen. Es muss gezeigt werden, dass Feminismus, Gleichberechtigung und Genderforschung nicht im Gegensatz zum Liberalismus stehen, sondern im Gegenteil notwendig für eine liberale Gesellschaft sind, da sie

sicherstellen, dass jeder Mensch genügend Raum zur Ausübung seiner Selbst bekommt. Durch die Aufarbeitung des Begriffs „Feminismus“ können wir zudem unseren Teil an progressiver Gleichstellungspolitik leisten. Wir progressive Liberale sehen uns als Feminist*innen.

8.3. Geschlechterrollen, sexuelle Identität und sexuelle Orientierung

Personen, die sich in irgendeiner Weise nicht geschlechtsrollenkonform verhalten, sind häufig noch immer starker Diskriminierung ausgesetzt (z. B. durch das Marginalisieren ihrer Anliegen und deren mangelnde Priorität in der Gesellschaft). Dies widerspricht unserer Vorstellung von einer liberalen, offenen Gesellschaft. Um individuelle Selbstentfaltung sicherzustellen, ist es unabdingbar, dass sich schon der Schulunterricht mit den Erkenntnissen der Gender Studies befasst, welche die Wechselwirkung von biologischem Geschlecht, sozialen Normen und kulturellen Einflüssen erforschen. Hierzu gehört es auch, verschiedene sexuelle Identitäten, sexuelle Orientierungen und Familienmodelle altersgemäß im Unterricht zu thematisieren. Als Gegenentwurf und Negativbeispiel ist hier die „Demo für alle“ zu betrachten: Sie ist berühmt-berüchtigt für ihre Begrifflichkeiten, Worte wie „Frühsexualisierung“, „Verschwulung“, „Gender-Wahnsinn“ und viele mehr wurden durch sie etabliert und werden mitunter auch von Funktionär*innen der FDP verwendet⁵. Dies empfinden wir als beschämend, beleidigend und einer liberalen Politik entgegenstehend. Diese hat sicherzustellen, dass Menschen ihr Leben so frei von Diskriminierung wie möglich leben können. Hierzu gehört es auch, die Probleme von Minderheiten anzuerkennen und Hürden, die einer selbstbestimmten Lebensführung dieser Minderheiten im Wege stehen, abzubauen. Unisextoiletten sowie eine gendersensible Sprache leisten hierzu einen sinnvollen Beitrag. Da wissenschaftlich längst vielfach bewiesen wurde, dass es Kindern in Regenbogenfamilien nicht schlechter als in „traditionellen“ Familien geht⁶, sprechen wir uns dafür aus, Hürden in der Reproduktionsmedizin abzubauen, etwa in Bezug auf den Zugang zu Samenbanken für lesbische Frauen, die Eizellspende und die so genannte Leihmutterchaft in nicht-kommerzieller und kommerzieller Form. Bei der letztgenannten Variante muss sichergestellt sein, dass Notsituationen nicht ausgenutzt werden können. Jedes Kind ist wertvoll und eine Bereicherung für die Gesellschaft. Auch deshalb möchten wir der Gesellschaft reproduktionsmedizinische Möglichkeiten zur Verfügung stellen und auch das social freezing, beispielsweise im Bezug auf die immer noch verbotene Befruchtung einer eingefrorenen Eizelle via Samenspende, weiter ausbauen. Von all diesen Maßnahmen können hetero- wie homosexuelle Menschen profitieren. Bezogen auf die Probleme intersexueller Menschen sprechen wir uns dafür aus, dass medizinische Eingriffe nur nach ausdrücklicher Einwilligung der Betroffenen durchgeführt werden dürfen. In der rechtlichen Einordnung muss es neben „männlich“ und „weiblich“ weitere Kategorien geben. Geschlechtsneutrale Namen müssen allgemein zugelassen werden. Wir erkennen an, dass die FDP Schritte in die Richtung einer stärkeren Selbstbestimmung unternimmt, etwa in Bezug auf das Adoptionsrecht für Lesben und Schwule oder die Stärkung von Mehrelternfamilien. Gleichzeitig fordern wir die FDP dazu auf, diesen Weg, der für uns auf die Abschaffung der staatlichen Ehe zugunsten einer Verantwortungsgemeinschaft nach bayrischem freidemokratischem Vorbild hinausläuft, thematisch breiter und noch progressiver und mutiger voranzutreiben.

8.4. Mein Körper gehört mir: auch beim selbstbestimmten Drogenkonsum

Die Selbstbestimmung über den eigenen Körper wird durch eine paternalistische, irrationale und gescheiterte Drogenpolitik ausgehöhlt. Der illegale Handel mit Drogen findet auf fast jedem Schulhof statt und dennoch fällt Union und SPD nur ein „weiter so“ ein. Die Zustimmung der FDP zur Cannabisfreigabe war – für eine liberale Partei – überfällig. Wir dürfen hierbei jedoch nicht stehen bleiben. Ein verschämt-hoffnungsvoller Blick auf vermeintliche Leihstimmen Konservativer darf nicht dazu führen, dass wir die gesellschaftliche Liberalität preisgeben. Die Folgen sozialkonservativer Drogenpolitik: der Schwarzmarkt blüht, Drogen werden mit Zusatzstoffen gestreckt, die oft weitaus schädlicher sind als die Droge selbst, Kleinkonsumierende werden kriminalisiert sowie stigmatisiert und verunreinigte Konsumutensilien führen zu vermeidbaren Infektionserkrankungen. Verbraucherschutz: Fehlanzeige! Menschen konsumieren seit Urzeiten Drogen in verschiedenster Form. Wir wollen, dass

⁵ http://www.queer.de/detail.php?article_id=25234 (20.01.17)

⁶ http://www.lsvd.de/fileadmin/pics/Dokumente/Adoption/LSVD_Essentiels-BMJ-Studie.pdf, S. 2 f (20.01.17)

unsere Bürger*innen Drogen selbstbestimmt konsumieren können und dass Menschen, die einen übermäßigen Drogenkonsum beenden wollen und es nicht schaffen, medizinisch-therapeutische Hilfe erhalten. Um selbstbestimmt über den eigenen Drogenkonsum entscheiden zu können, sind Prävention und Aufklärung unabdingbar. Beides wollen wir ausbauen. Hierfür sowie für die Verbesserung von Therapieangeboten sollen die Steuern verwendet werden, die für eine staatlich kontrollierte Abgabe von Drogen anfallen. Wir sprechen uns dafür aus, den Verkauf von Drogen in lizenzierten Shops, zum Eigenkonsum, freizugeben. Menschen ab der Volljährigkeit sollen gängige Drogen, nach vorheriger intensiver Aufklärung, selbstbestimmt kaufen und konsumieren dürfen. Die legale Herstellung von Drogen soll in staatlich streng kontrollierten Labors durchgeführt werden. Hierfür soll ein Reinheitsgebot gelten, ähnlich dem von Arzneimitteln. Die private Herstellung synthetischer Drogen soll, aus Sicherheitsgründen, verboten bleiben. Die eingesparten Kosten für die Strafverfolgung von Privatkonsumierenden soll für die Bekämpfung von organisierter Drogenkriminalität verwendet werden. Um durch die Drogenfreigabe das Risiko für den Straßenverkehr nicht zu erhöhen sollen Erkennungssysteme für Kraftfahrzeuge entwickelt werden, welche beim Vorliegen von Fahruntüchtigkeit das Starten der Fahrzeuge verhindern. Portugal erlaubt seit Jahren den Besitz kleiner Mengen an Drogen, nicht nur Marihuana. Dieser Weg ist erfolgreich und kann als Vorbild dienen.

8.5. Selbstbestimmt bis zum Lebensende

Wer selbstbestimmt leben kann, soll auch selbstbestimmt sterben dürfen. Wir möchten die aktive Sterbehilfe (assistierter Suizid und Tötung auf Verlangen) legalisieren, um Menschen, die ihr Leben in Würde und selbstbestimmt beenden möchten, diesen Schritt zu erleichtern. Hierzu gehört auch, dass die nötigen Medikamente für einen selbstbestimmten Tod leichter zugänglich werden. Es ist Sterbewilligen nicht zuzumuten, ihre Ärzt*in anlügen oder sich im Ausland irgendwelche Medikamente in Eigenregie besorgen zu müssen. Wir unterstützen die Entwicklung einer zweistufigen Suizidpille, wie sie in den Niederlanden erforscht wird. Zugang zu lebensbeendenden Wirkstoffen sollen allen mündigen/geschäftsfähigen, volljährigen Menschen erhalten. Es darf hierbei nicht zwischen gesunden sowie zwischen körperlich Erkrankten und psychisch Erkrankten unterschieden werden. Psychisch Erkrankten, denen medikamentöse und psychotherapeutische Behandlung nicht hilft, ihr Leid auf ein erträgliches Maß zu senken, müssen für einen selbstbestimmten Suizid heute unwürdige und gefährliche Wege einschlagen. Ihnen soll der Zugang zu lebendbeendender Medikation dann gewährt werden, wenn ihnen eine einjährige medikamentöse und psychotherapeutische Behandlung nicht die Linderung bringt, mit der sie ihr Leben als lebenswert empfinden. In Deutschland übertrifft die Anzahl der Suizide die der Verkehrstoten um das Dreifache. Dennoch wird dieses Thema tabuisiert. Dem muss ebenso begegnet werden wie der Stigmatisierung von Freitodabsichten.

9. Smarte Sozialsysteme für das 21. Jahrhundert

Unsere Sozialgesetzgebung fußt noch immer auf Bismarcks Ideen. Antworten aus dem 19. Jahrhundert passen aber nicht mehr in eine Zeit des demografischen Wandels. Daher möchten wir die Sozialsysteme grundlegend reformieren statt immer nur an ihnen herumzubasteln.

9.1. Gesundheitspolitik

Unser Gesundheitssystem pendelt zwischen Budgetierung und Massenabfertigung. Überarbeitetes Personal, fragwürdige Behandlungen und unzufriedene Patient*innen sind oftmals die Folge. Das wollen wir ändern.

9.1.1. Krankenkassen – Finanzierung, Mitgliedschaft, Liberalisierung

Wir lehnen die Bürger*innenversicherung strikt ab. Sie ist schwerfällig, verhindert echten Wettbewerb und führt die Versicherten – durch die Zwangsmitgliedschaft in einem Einheitssystem – in die Unmündigkeit. Auch das Nebeneinander zwischen PKV (zu der nur eine privilegierte Gruppe Zugang hat) und GKV (die einem verrosteten Eimer gleicht, in den immer mehr Wasser gekippt wird) halten wir nicht für sozial.

Ein innovatives Gesundheitssystem muss sozial sein und gleichzeitig den individuellen Bedürfnissen der Versicherten Rechnung tragen. Daher sprechen wir uns für ein privates Versicherungssystem aus, bei

dem jede*r Versicherte*r selbst entscheiden kann, bei welche*r Versicherungsanbieter*in sie/er sich durch individuell gestaltete Verträge versichern möchte. Hierbei muss einerseits sichergestellt sein, dass Krankenkassen eine Mitgliedschaft aufgrund von Vorerkrankungen nicht ablehnen können und andererseits, dass durch festgesetzte Maximalbeiträge Gesundheit für die Versicherten nicht unbezahlbar wird. Alle weiteren Vertragsdetails sind den Vertragsparteien überlassen, beispielsweise in Bezug auf den Umfang von Leistungen bestimmter ärztlicher Fachrichtungen. Wir sprechen und für eine Versicherungspflicht bei gleichzeitig größtmöglicher Wahlfreiheit in Bezug auf die Wahl der Anbieter*in und der Ausgestaltung der Versicherungstarife aus.

Die Arbeitgeber sollen weiter einen fairen Beitrag zur Finanzierung des Gesundheitssystems leisten. Hier wollen wir aber schrittweise weg von einer Finanzierung über den einzelnen Arbeitsplatz hin zu einer Finanzierung über die Produktivität einer Organisation. Nur durch eine solche Transformation kann die weltbeste Gesundheitsversorgung auch in einer alternden Gesellschaft garantiert werden.

Budgetierungen und Fallpauschalen sind nicht leistungsgerecht und sie führen oftmals zu Behandlungen, die medizinisch nicht indiziert sind. Daher lehnen wir sie ab.

Krankschreibungen müssen zukünftig auch anteilig möglich sein (z.B. zu 50%), um zwischen schweren und leichteren Erkrankungen besser differenzieren zu können. Für viele Beschäftigte ist eine Teil-Krankschreibung ein guter Weg, um neben der körperlichen Regeneration auch die eigene Selbstwirksamkeit im Krankheitsfall aufrechtzuerhalten.

Gesundheit ist keine Ware. Daher dürfen sich medizinische Behandlungen nicht vornehmlich an der Profitmaximierung orientieren. Entsprechenden Auswüchsen ist durch staatliche Kontrolle zu begegnen.

Nicht zuletzt sprechen wir uns dafür aus, inhabergeführte Arztpraxen zu stärken. Die Entwicklung hin zu größeren Verbänden, ähnlich den Klinikketten im stationären Bereich, sehen wir kritisch.

9.1.2. Staatliche Bezuschussung des Gesundheitssystems und der -prävention

Zwischen Gesundheitsprävention, Erkrankungsraten und Gesundheitskosten gibt es einen elementaren Zusammenhang. Lebensmittelzusätze (z.B. raffiniertes Palmöl), ungünstige Ernährung und zunehmender Stress, etwa durch Arbeitsverdichtung und berufliche Überlastung, spielen bei der Entstehung vieler Erkrankungen eine herausragende Rolle. Die staatliche Bezuschussung zum Gesundheitswesen soll sich deshalb an diesen Zusammenhängen orientieren. Sie soll über eine Gesundheits-Tax sichergestellt werden. Diese kann beispielsweise auf besonders ungesunde Lebensmittel(zusätze) erhoben werden, aber auch anfallen, wenn ein Unternehmen eine sehr hohe Rate an Krankheitstagen pro Arbeitnehmer*in aufweist. Somit werden sowohl in der Lebensmittelproduktion wie in der Arbeitswelt gesundheitsfördernde Anreize geschaffen, welche dazu beitragen, die Gesunderhaltung der Bürger*innen zu verbessern.

9.1.3. Psychische Störungen

Psychische Störungen nehmen dramatisch zu. Noch immer werden psychische Beschwerden und von ihnen Betroffene nicht ausreichend ernst genommen. Die Folge dieser Stigmatisierung ist, dass viele ihre Beschwerden jahrelang – aus Scham – verheimlichen und sich selbst die Schuld an ihrer Störung geben. Daher sprechen wir uns für umfangreiche Aufklärungsmaßnahmen sowohl in Unternehmen wie auch in der Allgemeinbevölkerung aus. Menschen mit psychischen Problemen sollen sich nicht mehr als „Kranke zweiter Klasse“ fühlen müssen. Wir fordern, dass die Anzahl an ambulanten Psychotherapieplätzen dem aktuellen Bedarf Rechnung tragen muss. Da der Face-to-Face-Kontakt einen starken Einfluss auf den Therapieerfolg hat, sehen wir den Trend, hin zu Online-Angeboten kritisch. Nicht zuletzt muss die Bedeutung der fachlich fundierten Psychotherapie gegenüber der medikamentösen Behandlung psychischer Störungen aufgewertet werden. Biografische „Wunden“ lassen sich nicht mit Medikamenten heilen.

9.2. Rentenpolitik

Unser Rentensystem erodiert. Es weist kaum Stärken, aber viele Schwächen auf: Langfristig droht vielen Altersarmut, es hält dem demografischen Wandel nicht stand und es droht bei jeder Wahl ein Rentenpopulismus auf Kosten der immer weniger Jüngeren, welche die Renten finanzieren müssen. Neben der betrieblichen und der privaten Altersvorsorge sprechen wir uns auch weiterhin für die gesetzliche Rentenversicherung aus. Diese soll künftig jedoch nur noch dazu dienen, eine Grundabsicherung im Alter zu bieten. Die Beiträge hierfür sollen auf Arbeitnehmer*innenseite gesenkt werden, um mehr Spielraum für selbstbestimmtes Vorsorgen zu gewähren. Der Arbeitgeberanteil soll sich langfristig nicht mehr an der Anzahl der Arbeitskräfte, sondern an der Produktivität des Unternehmens ausrichten.

10. Political Correctness/Coolness

Im Deutschen kann politische Korrektheit einen Sprachgebrauch beschreiben, der durch eine besondere Sensibilisierung gegenüber Minderheiten gekennzeichnet ist und sich der Anti-Diskriminierung verpflichtet fühlt⁷. Hinter diesem Sprachgebrauch stehen wir, da wir den Einfluss der Sprache auf Denkmuster anerkennen. „Political Incorrectness“ fußt auf einem grundlegenden Missverständnis: Man kann nach wie vor alles sagen. Man erfährt nur, bedingt durch Soziale Medien und das Internet, recht schnell Gegenwind. Dieser Umstand ist jedoch beispielhaft für die Meinungsfreiheit, welche es zu verteidigen und durchzusetzen gilt. Politische Coolness, welche letztlich nur zum Ziel hat, die beschriebene Sensibilisierung zu untergraben, lehnen wir ab. Wir erwarten, dass sich eine liberale Partei zu den Bedürfnissen aller Mitglieder der Gesellschaft bekennt. Die Bedürfnisse von Minderheiten sind hierbei nicht niedriger einzustufen als die Bedürfnisse der Mehrheit.

11. Nicht nur Unternehmer sind Wirtschaftsvertreter*innen

Die FDP konzentriert sich seit Jahrzehnten auf die Arbeitgeberschaft und sieht in ihnen den Zugang zum Arbeitsmarkt. Durch die wirtschaftsliberale Ausrichtung der FDP, größtenteils durch den Koalitionswechsel 1982 und später die Ära Westerwelle geprägt, ist sie für ebenjene auch sehr attraktiv. Doch der Großteil des Arbeitsmarktes besteht aus einer anderen Gruppe: der Arbeitnehmerschaft, die mit ihrer Arbeitskraft tagtäglich den Wohlstand unseres Landes erwirtschaftet. Durch das Ansprechen beider Gruppen können neue, liberale Wähler*innenpotenziale erschlossen werden. Daher fordern wir die FDP auf, die Belange der Arbeitnehmer*innen- und Arbeitgeber*innenschaft gleichermaßen zu betrachten und in Entscheidungsfindungen miteinzubeziehen. Zudem soll die Partei nicht nur durch Wirtschaftsgrößen, sondern auch durch Gewerkschaftler*innen und weiteren Vertreter*innen der Arbeitnehmerschaft beraten werden.

12. European Dream: mehr als nur ein Traum

Von der Tellerwäscher*in zur Millionär*in: Ein Traum, der zutiefst liberal ist, betont er doch, dass jeder Mensch durch Fleiß und unabhängig von seiner oder ihrer Herkunft, Religion, sozialer Schicht, sexueller Identität u. Ä. etwas schaffen kann. Durch Perspektivlosigkeit der europäischen Jugend und stetig steigende Steuern sowie Abgaben wird es jedoch immer schwerer, diesen Traum zu leben. Wir wollen das ändern. Es muss wieder möglich sein, Wohlstand durch Arbeit zu erlangen. Langfristig sehen wir es als unabdingbares Ziel, durch Entbürokratisierung und massive Bildungsinvestitionen den Traum wieder greifbar zu machen. Hierzu gehört für uns auch mehr Chancengerechtigkeit im Bildungssystem und auf dem Arbeitsmarkt. Wir möchten für eine Kultur werben, in der jeder Mensch die Möglichkeit bekommt, sich auch als Quereinsteiger*in im Berufsleben beweisen zu können. Wir möchten, dass Wirtschaftspolitik sich auch mit der Sicherstellung der größtmöglichen individuellen Selbstentfaltung befasst.

⁷ Sabine Wierlemann: Political Correctness in den USA und in Deutschland. Erich Schmidt Verlag, Berlin 2002, ISBN 3-503-06144-4, S. 12 ff

13. Liberalismus kennt keinen Nationalismus: Die Europäische Union

Nach dem Brexit ist unsere liberale Lösung nicht weniger, sondern mehr Europa. Nur geeint und solidarisch bieten wir der jungen Generation Europas existenzielle und wirtschaftliche Sicherheit. Nur geeint sind wir stark genug, um uns gegen zunehmende antieuropäische Entwicklungen und wirtschaftliche Konkurrenz positionieren zu können. Dazu muss programmatisch wie personell den populistischen Persönlichkeiten und Vorschlägen Einhalt geboten und pragmatische Alternativen angeboten und durchgesetzt werden. Die jüngeren Generationen, die in einem geeinten Europa aufgewachsen sind, sind besonders auf ein funktionierendes Europa angewiesen. Langfristig sehen wir die Vereinigten Staaten von Europa als Ziel. Des Weiteren ist es in einer globalisierten Welt normal, dass Menschen oftmals mehrere Orte haben, mit denen sie sich identifizieren. Die doppelte Staatsbürgerschaft trägt dieser Entwicklung Rechnung. Sie steht für uns keinesfalls zur Disposition. Ebenso ist für uns klar, dass unsere liberale und freie Lebensweise in Europa ohne ein angemessenes militärisches Abschreckungspotenzial in seiner Existenz fundamental bedroht ist. Daher sprechen wir uns für eine europäische Armee aus – nicht zuletzt um bei einer möglichen Isolationspolitik der USA in Europa ausreichend Abschreckung gegenüber Russland zu bieten. Dies funktioniert nicht ohne ein umfassendes Arsenal an modernen Kernwaffen, deren Einsatz immer nur ultima ratio sein kann, jedoch nie pauschal ausgeschlossen werden darf. Für den Zeitraum bis zur Einsatzfähigkeit einer europäischen Armee muss Deutschland eigenständig ausreichend Abschreckungspotenzial aufweisen, um einen russischen Angriff zu verhindern. Daher ist zu eruieren, ob eine neue Diskussion über die bestehenden Regualtorien, die dies einschränken, geführt werden muss. Außerdem ist es für uns selbstverständlich, auch in der NATO unseren fairen – finanziellen und militärischen – Beitrag zu leisten. Die Türkei sehen wir nicht in der EU und aktuell nicht mehr in der NATO.

14. Umweltschutz

Wir sehen den Umweltschutz als eines der urliberalen Themen an. Ohne einen intakten Planeten kann es kein freies und selbstbestimmtes Leben geben. Es ist für uns daher klar, dass der Liberalismus auch an zukünftige Generationen denkt und daher Maßnahmen fördern muss, die den Erhalt des ökologischen Gleichgewichts sichern. Nur durch unser aktives Handeln in der Gegenwart kann gewährleistet werden, dass unsere Kinder und Kindeskinde in der Zukunft gleiche oder bessere Chancen vorfinden werden und somit in größtmöglicher Freiheit leben können. Wir sollten uns daran erinnern, dass unsere Partei 1971 als Erste in Deutschland ein Bundesumweltprogramm durchgesetzt hat. Wir müssen lernen, die Scheuklappen abzulegen und den Menschen zu zeigen, dass Umweltschutz auch vernünftig und wirtschaftlich erfolgreich gestaltet werden kann (Stichwort „Blaues Wachstum“). Eine nachhaltige Umweltpolitik sind wir auch den Erdteilen schuldig, welche die Folgen einer umweltzerstörenden Politik besonders trifft. Hierzu zählen etwa Bangladesch oder Regionen in Afrika, welche vom Klimawandel besonders betroffen sein werden. An diese Stelle gehört auch die Diskussion um die globalen Folgen von sehr hohem Fleischkonsum. Über diesen muss gesprochen werden: klar, unaufgeregt und ohne Symbolpolitik. Aktive Umweltpolitik verhindert, dass zukünftig noch mehr Menschen ihren Lebensraum verlassen und in Europa Zuflucht finden müssen. Nicht zuletzt fördert eine intelligente Umweltpolitik den Artenerhalt von Fauna und Flora. Auch deshalb ist qualitatives Wachstum ist einer rein auf quantitativem Wachstum ausgerichteten Wirtschaftspolitik vorzuziehen.

15. Entwicklungspolitik ist weltbürgerliche Verantwortung

Als progressive Liberale verstehen wir uns als Weltbürger*innen mit kosmopolitischer Verantwortung. Wir möchten, dass Menschen überall auf der Erde ihr Leben möglichst selbstbestimmt führen können. Hierzu gehört für uns eine Entwicklungspolitik, die gezielt Regime unter Druck setzt, die Menschenrechtsverletzungen begehen. Unser eigenes Wirtschaften muss sich daran orientieren, Menschen in anderen Ländern nicht mittel- und langfristig die Lebensperspektiven zu entziehen. Neben einer nachhaltigen Umweltpolitik gehört für uns dazu ein

weltweiter fairer Handel, der Notsituationen ärmerer Länder nicht ausnutzt, sondern die Steigerung des Lebensstandards in Entwicklungsländern nachhaltig stützt. Auswüchse wie die EU-Agrarpolitik, bei der durch die Subventionierung und Exportierung von EU-Produkten zu Dumpingpreisen einheimischen Produzent*innen in Afrika die Existenzgrundlage entzogen wird halten wir für zynisch und menschenunwürdig. Der Handel mit Produkten, die unter der Ausbeutung von Menschen und deren Gesundheit zustande kommen, muss in Deutschland verboten werden. Es ist menschenverachtend, dass 2017 Menschen noch immer an Nahrungsmangel, Wassermangel oder einer nahezu fehlenden medizinischen Versorgung sterben. Die weltweite Armut und die Kindersterblichkeit müssen daher zeitnah nahezu gänzlich abgebaut werden. Hier sind die Industrieländer in der Pflicht, sowohl mit Hilfszahlungen, mit einem fairen Handel, dem Export von Umweltschutztechniken und mit der Erleichterung des Zugangs zu Medikamenten und Generika. Die grüne Gentechnik ist zu fördern und deutlich auszubauen, Saatgutmonopole müssen verhindert werden. Wir sehen uns in der Tradition von Walter Scheel, der die Entwicklungsländer als ernsthafte Partner*innen angesehen hat statt ihnen durch rein profitorientiertes Wirtschaften eine Verbesserung der Lebensbedingungen zu erschweren.

16. Asylpolitik

Die Befürwortung populistischer Politik, z. B. in Form des Konstrukts der sogenannten „sicheren Herkunftsländer“, welches das Asylrecht aushöhlt, sehen wir kritisch. Afghanistan ist nicht sicher. Einen reinen Duldungsstatus für Geflohene aus Kriegsgebieten lehnen wir ab. In der Asylpolitik müssen pragmatische Lösungen, in einem von Humanismus und Rechtsstaatlichkeit begrenzten Rahmen, vorgestellt und umgesetzt werden. Als Beispiele für eine solche Politik sind folgende Forderungen sehen wir u. A. die Möglichkeit sichere und legale Fluchtwege zu schaffen, den UNHCR und die Nachbarstaaten von Krisenregionen zu unterstützen, Geflüchtete europaweit nach Schlüssel zu verteilen und einen leichten Zugang zum Bildungssystem unabhängig vom Alter zu schaffen. Diese und weitere Punkte ermöglichen und fördern einen humanen Umgang mit Geflüchteten.

Nachwort

Dieses Thesenpapier stellt keine in Stein gemeißelten Thesen dar, sondern soll konkret Ziele und Vorstellungen festlegen und verdeutlichen. Mit ändernder politischer Lage und neuen Umständen werden sich unsere Positionen erweitern und ändern. Dies wird in zukünftigen Aktualisierungen unseres Thesenpapiers deutlich werden. Wir hoffen, mit unserem Einsatz die FDP nachhaltig beeinflussen und besser machen zu können. Wir sehen uns als Vorfeldorganisation, nicht als konkurrierenden Verein. Jede Mitgliedschaft ist freiwillig und kann nach Bedarf sofort beendet werden. Bei Wünschen, Anregungen oder Kritik bitten wir um Rückmeldung über Facebook oder unsere Website <http://www.progressive-liberale.de>.

Autoren

René Oehler – *ro@progressive-liberale.de*

Benjamin Brandstetter – *bb@progressive-liberale.de*

Matteo Müller – *mm@progressive-liberale.de*